Beteiligung der Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung gemäß

§ 4 Abs. 1 i.V.m. § 4a Abs. 4 BauGB nur per E-Mail

Wichtiger Hinweis:

Mit der Beteiligung wird Ihnen als Träger öffentlicher Belange die Gelegenheit zur Stellungnahme im Rahmen Ihrer Zuständigkeit zu einem konkreten Planverfahren gegeben. Zweck der Stellungnahme ist es, der Gemeinde die notwendigen Informationen für ein sachgerechtes und optimales Planungsergebnis zu verschaffen. Die Stellungnahme ist zu begründen; die Rechtsgrundlagen sind anzugeben, damit die Gemeinde den Inhalt nachvollziehen kann. Die Abwägung obliegt der Gemeinde.

Gemeinde

Gemeinde Hohenkammer
☒ Flächennutzungsplan ☐ mit Landschaftsplan ☐ Neuaufstellung ☒ 12.Änderung
für das Gebiet "zur Ausweisung von Konzentrationsflächen für Kies- und Sandabbau"
☐ Bebauungsplan-Änderung für das Gebiet
☐ sonstige Satzung
☐ Frist für die Stellungnahme bis: 13.09.2019

Träger öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange (mit Anschrift und Telefonnummer): Landratsamt FS, SG 41, Immissionsschutzbehörde, Landshuter Str. 31, 85356 Freising
☐ Keine Äußerung
☐ Ziele der Raumordnung und Landesplanung, die eine Anpassungspflicht nach § 1 Abs. 4 BauGB auslösen
☐ Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können

Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die im Regelfall in der Abwägungen nicht überwunden werden können (z.B. Landschafts- oder Wasserschutzgebietsverordnungen)
Einwendungen

Die Untere Immissionsschutzbehörde wurde im Rahmen eines Antrags auf Vorbescheid zum Trockenkiesabbau mit Wiederverfüllung auf Flurnr. 671/2 (Gemark. Hohenkammer) vom Abgrabungsrecht des Landratsamtes Freising mit Schreiben vom 08.08.2019 als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Das geplante Abbaufeld liegt ca. 150 m von Weissling (Landkreis Dachau) entfernt.

In unserer Stellungnahme vom 16.08.2019 wurde Folgendes festgestellt:

„Die nächstgelegene Wohnbebauung liegt westlich ca. 150 m vom Rand des geplanten Abbaugebietes entfernt. Die Schutzwürdigkeit der Bebauung wurde mit dem Landratsamt Dachau besprochen. Gemäß einem Arbeitspapier des LfU aus 07/2003 (Anforderungen zum Lärmschutz bei der Planung von Abbauflächen für Kies, Sand und andere Bodenschätze) ist erst bei einem Abstand zu allgemeinen Wohngebieten von ca. 200 m davon auszugehen, dass schädliche Umwelteinwirkungen durch Lärm nicht auftreten.“

Von Seiten der UIB wurde daraufhin ein Lärmgutachten gefordert im Rahmen des Antrages auf Vorbescheid und die Darstellung von Maßnahmen, wie Staubbelästigungen durch den Abbaubetrieb verhindert werden können.

Die Gemeinde Hohenkammer erläutert unter Nr. 1.2, dass bei der Flurnr. 671/2 (Gemark. Hohenkammer) der Kriterienkatalog für die Konzentrationsflächen für Kiesabbau nicht angewendet wird, da hier ein Vorbescheid vorliegt, dessen positiver Bescheid vom LRA FS in Aussicht gestellt wird.

Wir empfehlen, diesen Punkt abzuklären.

Rechtsgrundlage:

§ 50 BImSchG

Möglichkeiten der Überwindung:

S.O.

Sonstige fachliche Information und Empfehlungen aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o.g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage:

Freising , 03.09.2019

Ort, Datum

Elke Bachhuber-Portz

Unterschrift, Dienstbezeichnung